

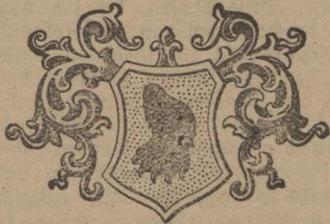
Pulsnitzer Wochenblatt

Gem. Nr. 18. Tel.-Abdr. Wochenblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**

und Zeitung Postcheck-Konto Leipzig 241 27. Gem.-Giro-K. 146

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung, oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.35, durch die Post abgeholt M 7.50.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gespaltene Beizeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 100 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 85 Pfg. im Amtsgerichtsbezirke 70 Pfg. Amtliche Zeile M 3.—, 2.50 und 2.10. Reklame M 2.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitrauben und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz, des Kommunalverbandes und Finanzamts Ramenz, der Ministerien und der Gemeindeämter des Bezirks.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenow, Friedersdorf, Lichtenow, Mittelbach, Großmannsdorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr).

Schreiber: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 137.

Donnerstag, den 30. September 1920.

72. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Zuckerbestandsaufnahme beim Handel.

Auf Grund von § 28 der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 (RGBl. S. 914) wird folgendes bestimmt:

Am 25. Oktober 1920 findet im Freistaate Sachsen zum Zwecke der Kontoglatzstellung und Nachberechnung eine Zuckerbestandsaufnahme bei den Zuckerhändlern statt. Zur Anzeige der vorhandenen Vorräte wird eine **Zuckerbestandskarte** verwendet, die jeder Kleinhändler von seinem Lieferanten erhält.

In die Zuckerbestandskarte sind die am **Abend des 25. Oktober 1920** vorhandenen Zuckervorräte gewissenhaft einzutragen. Die Menge darf nicht geschätzt, sondern muß genau gewogen werden, wobei alle Vorräte zu berücksichtigen sind, gleichgültig, ob sie sich in Originalpackungen, abgepaßt in verkaufsfertigen Paketen, oder in Kisten und sonstigen Behältnissen befinden. Die ausgefüllte Bestandskarte ist vom Händler oder einer zu seiner Vertretung berechtigten Person zu unterschreiben.

Jeder Händler (Großhändler, Zwischengroßhändler, Kleinhändler), auch wenn er über keinen Bestand verfügt, hat eine **Zuckerbestandskarte** auszufüllen, da auf der Rückseite dieser Karte sämtliche Lieferanten, von denen er vom 1. November 1919 bis 25. Oktober 1920 Zucker bezogen hat, anzugeben sind.

Die **Kleinhändler** haben die ausgefüllte und unterschriebene Bestandskarte spätestens am 26. Oktober 1920 an ihren Lieferanten (Zwischengroßhändler, Großhändler) einzusenden.

Von den **Zwischengroßhändlern** und **Großhändlern** sind die von ihnen ausgefüllten und unterschriebenen Bestandskarten zusammen mit den bei ihnen eingegangenen Bestandskarten ihrer Kunden nach näherer Anweisung der Zuckerverteilungsstelle an folgende Stellen einzusenden:

die Zwischengroßhändler bis zum 31. Oktober 1920 an ihren Großhändler, die Großhändler bis zum 5. November 1920 an die Zuckerverteilungsstelle.

Bezieht ein Kleinhändler oder Zwischengroßhändler seinen Zucker von mehreren Lieferanten, so ist die Karte nur an **einen** derselben einzusenden.

Die Zuckerverteilungsstelle behält sich die Nachprüfung der gemeldeten Bestände vor. Zuckerhändler, die der Anzeigepflicht nicht nachkommen, oder wissentlich falsche Angaben machen, werden gemäß § 32 Nr. 6 der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 (RGBl. S. 914) bestraft.

Dresden, den 29. September 1920.

Ministerium des Innern.
Landeslebensmittelamt.

Krankenmehl — Krankenbrot.

Die Bekanntmachung über Krankenmehl vom 17. Mai 1920 — Ramenzr Tageblatt Nr. 114 — wird hiermit mit Wirkung vom 3. Okt. d. J. an wie folgt abgeändert:

1. Punkt 7 Abs. 2 der Bekanntmachung wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

Die Abgabe von Krankenmehl und -brot erfolgt nur gegen Abgabe von mit der Bezeichnung „Krankenbrot“ und dem Stempel der Amtshauptmannschaft versehenen **Kommunalverbandsbrotmarken**. Die Aushändigung der letzteren erfolgt durch die Gemeindebehörde des Wohnorts an den Bezugsberechtigten und zwar, soweit der Bezug von Krankenbrot in Frage kommt, nur gegen Rückgabe der entsprechenden Menge Kommunalverbandsbrotmarken. Bei dem Bezuge von Krankenmehl ist also nicht die Rückgabe von Kommunalverbandsbrotmarken erforderlich. Die zurückgegebenen Brotmarken sind alsdann unter Angabe des Namens des Kranken an die Amtshauptmannschaft zur Kontrolle einzusenden. Die Einfindung kann mit der aller 4 Wochen zu erstattenden Brotmarkenabrechnung erfolgen.

2. Der Verkauf des Krankenmehles und -brot ist für die Zeit vom 3. Oktober 1920 bis 31. Dezember 1920 übertragen worden:

| | | |
|-----------------|---------------------|-------------|
| in Ramenz | Herrn Bäckermeister | Gude, |
| „ Pulsnitz | „ | Rosenkranz, |
| „ Großröhrsdorf | „ Bäckereibereiter | Noack, |
| „ Elstra | „ | Sommer, |
| „ Königsbrück | „ Bäckermeister | Wustlich, |
| „ Schwepnitz | „ | Lösch. |

Die bisher mit dem Verkauf von Krankenbrot beauftragt gewesenen Bäcker haben am 2. Oktober die Bestände an Krankenmehl mit Abrechnung und unter Beifügung der vereinnahmten Krankenbrotmarken an den Nachfolger abzuliefern.

3. Punkt 9 der Bekanntmachung wird aufgehoben und wie folgt abgeändert: Die vereinnahmten Krankenbrotmarken sind sorgfältig aufzubewahren und bei Revisionen dem Beamten vorzulegen.

4. Der Verkaufspreis für 1 Pfund Krankenmehl wird auf 1,60 M., für 1 Pfund Krankenbrot auf 1,20 M. festgesetzt.

5. Im übrigen bleiben die Bestimmungen der Bekanntmachung über Krankenbrot vom 17. Mai 1920 in Kraft.

Ramenz, am 28. September 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Fleisch-, Butter- und Schmalzverteilung.

Auf Abschnitt J der Reichsfleischkarte gelangen für Personen, die über 6 Jahre alt sind, 200 Gramm, für Personen unter 6 Jahren 100 Gramm Rindergefrierfleisch zur Verteilung

| | | |
|------------------------------|--------|----------|
| 1 Pfund Rindergefrierfleisch | kostet | 9.50 M., |
| 200 Gramm | „ | 1.90 M., |
| 100 | „ | 0.90 M. |

Die Fleischbezugskarten der Krankenanstalten und Gastwirtschaften werden voll beliefert.

Auf Abschnitt H der Landesfettkarte dürfen einsehendtel Pfund Butter zum Preise von 80 Pfennigen und 60 Gramm Schmalz zum Preise von 2.10 Mark verteilt werden.

Ramenz, am 28. September 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Die Ausgabe der neuen Brotmarken und Fleisch-Anmelde-Ausweise

findet Freitag, den 1. Oktober 1920, im Ratskeller 1 Treppe, in nachstehender Reihenfolge statt:

| | | |
|------------------|-----------|----------------|
| Brotkartennummer | 1—150 | 8—9 Uhr vorm. |
| „ | 151—300 | 9—10 „ |
| „ | 301—450 | 10—11 „ |
| „ | 451—600 | 11—12 „ |
| „ | 601—750 | 12—1 „ mittags |
| „ | 751—920 | 3—4 „ nachm. |
| „ | 921—1090 | 4—5 „ |
| „ | 1091—1265 | 5—6 „ |

Die Abholungszeiten sind pünktlich einzuhalten. Die erhaltenen Marken sind sofort nach Empfang auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, da spätere Einwendungen nicht berücksichtigt werden können.

Die Fleisch-Anmelde-Ausweise sind spätestens bis **Sonnabend, den 2. Oktober 1920** bei den Fleischern anzumelden.

Pulsnitz, am 30. September 1920.

Der Rat der Stadt.

Öffentliche Bekanntmachung.

Am 1. Oktober 1920 werden im Bezirke des Landesfinanzamtes Dresden die Finanzämter im Sinne von § 21 ff. der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 errichtet. Im Bezirke des unterzeichneten Hauptzollamtes gelangen zur Errichtung:

1. Das Finanzamt Bausen, umfassend den Amtsgerichtsbezirk Bausen,
2. „ „ Ramenz, umfassend die Amtsgerichtsbezirke Ramenz u. Pulsnitz,
3. „ „ Bischofswerda, umfassend die Amtsgerichtsbezirke Bischofswerda und Schirgiswalde,
4. „ „ Löbau, umfassend den Amtsgerichtsbezirk Löbau, den Ort Oberunnersdorf bei Löbau sowie aus dem Bezirke des Hauptzollamtes Zittau den übrigen Teil des Amtsgerichtsbezirkes Herrnhut und den Amtsgerichtsbezirk Bernstadt,
5. der Amtsgerichtsbezirk Neusalza-Spremberg wird dem Finanzamt Ebersbach (im Hauptzollamtsbezirk Zittau) zugeteilt.

Hierzu wird folgendes bekannt gemacht:

Von den bisher vom unterzeichneten Hauptzollamte verwalteten Verkehrssteuern gehen am 1. Oktober 1920 in die Verwaltung sämtlicher obiger Finanzämter über:

- die Reichserbschaftsteuer,
- die sächsische Stempelsteuer,
- die Umsatzsteuer,
- die Grunderwerbssteuer,
- der Wechselstempel sowie

die Reichsstempelabgabe der Tarifnummer 8 des Reichsstempelgesetzes (Kraftfahrzeugsteuer) — jedoch die Reichserbschaftsteuer mit der unter II erwähnten Beschränkung, die Umsatzsteuer und Grunderwerbssteuer, soweit sie nicht zur Zeit von den Gemeindebehörden verwaltet werden, die Grunderwerbssteuer außerdem nur insoweit, als nicht die Beschränkung unter II Platz greift.

Dagegen wird bis auf Weiteres die Verwaltung der Reichsstempelabgabe mit Ausnahme der Tarifnummer 8 des Reichsstempelgesetzes, der Personen- und Güterverkehrssteuer sowie der Reichszuwachssteuer, soweit noch unerledigte Steuerfälle vorhanden sind, für den ganzen bisherigen Bezirk des unterzeichneten Hauptzollamtes dem Finanzamt Bausen zugewiesen.

II. Beim Finanzamt Bausen wird für den gesamten bisherigen Bezirk des unterzeichneten Hauptzollamtes

1. zur Bearbeitung aller dem Erbschaftsteuergesetz vom 3. Juli 1906 unterfallenden Steuerfälle, zur Bearbeitung der nach dem Erbschaftsteuergesetz vom 10. September 1919 zu beurteilenden Steuerfälle, soweit sie vor dem 1. Juli 1920 eingetreten sind, sowie zur endgültigen Erledigung aller der Steuerfälle, in denen vor dem 1. Oktober 1920 Steuerbescheide erlassen worden sind,
2. zur Bearbeitung der vor dem 1. Juli 1920 eingetretenen unerledigten Grunderwerbssteuerfälle

eine Abwicklungsstelle errichtet, die die Bezeichnung „Finanzamt Bausen als Abwicklungsstelle“ führt.

III. Demgemäß sind vom 1. Oktober 1920 an alle Eingaben, soweit sie die vorgenannten Steuerzweige betreffen, und soweit nicht die Gemeindebehörden weiter zuständig bleiben, an die im Eingang dieser Bekanntmachung bezeichneten 5 Finanzämter, bez. (I. Ziff. I Schlusssatz und Ziff. II) ausschließlich an das Finanzamt Bausen zu richten und alle Steuern der vorgenannten Art, soweit sie nicht von den Gemeindebehörden erhoben werden, an die in Betracht kommenden Finanzämter abzuführen. Die Gemeindebehörden haben die von ihnen vom 1. Oktober 1920 an eingehobenen Steuern an das nunmehr zuständige Finanzamt (Finanzkasse) abzuführen.

- IV. Es führen:
- | | |
|-----------------------|--|
| das Finanzamt Bausen: | Postcheckkonto Leipzig Nr. 223 95, Gemeindegeldkonto Bausen Nr. 14, sowie Reichsbankgeldkonto; |
| „ „ Ramenz: | Postcheckkonto Leipzig Nr. 59 78, Gemeindegeldkonto Ramenz Nr. 10; |
| „ „ Bischofswerda: | Postcheckkonto Leipzig Nr. 905 55, Gemeindegeldkonto Bischofswerda Nr. 536; |
| „ „ Löbau: | Postcheckkonto Leipzig Nr. 57 98, Gemeindegeldkonto Löbau Nr. 6; |
| „ „ Ebersbach: | Postcheckkonto Leipzig Nr. 300 08, Gemeindegeldkonto Ebersbach Nr. 3. |

Bausen, den 29. September 1920.

Das Hauptzollamt.

Vertilge und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. Wir werden gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß vom nächsten Sonntag ab der Predigtgottesdienst um 9 Uhr, die Abendmahlsfeier 1/9 Uhr beginnt.

Der Presseauschuß des Bezirkslehrervereins (Ramenz) schreibt uns: Zur Kennzeichnung des Schreibens vom sächsischen Erziehungsverein in der vorliegenden Nummer des „P. W.“ soll einiges festgestellt und berichtigt werden: 1. Die Ueberschrift lautet: „Der Kampf um die Michaelisgenjur“; der Inhalt handelt dagegen zu fünf Sechsteln von ganz anderem. 2. Nicht der Dresdner Lehrerverein hat die „Borenhaltung“ der Zensuren beim Stadtrat durchgesetzt, sondern der Bezirkslehrerrat (eine amtliche Einrichtung) hat unter Zustimmung des Herrn Bezirkschulrates Dr. Michel einen entsprechenden Beschluß gefaßt. 3. Dieser Beschluß steht auf gesetzlicher Grundlage; denn in § 7, 9 des Volksschulgesetzes heißt es: Am Schlusse jedes Schuljahres ist jedem Kinde eine Jahreszensur einzuhandigen. 4. Die schwerwiegenden Gründe für den Beschluß, denen sich Stadtrat und Stadtverordnete nicht verschlossen haben, verweigert der Einsender. 5. Ein Reichsschulgesetz, von dem das Schreiben spricht, existiert nicht. 6. Der Bezirkslehrerverein (Ramenz) hat es in der ganzen Amtshauptmannschaft vermieden, die umfassende Frage des Religionsunterrichts, mit der sich die Lehrerschaft häufig und ernst befaßt, in der Presse aufzurollen. Der sächsische Erziehungsverein dringt hier ein und glaubt, das Problem auf 8 Zeilen in feltamer Form entscheiden zu können. 7. Der sächsische Lehrerverein läßt seinen Mitgliedern völlige Gewissensfreiheit. Daß aber der Vorstand und die Mitglieder, die hinter den von einer Mehrheit von Vertretern aufgestellten schulpolitischen Forderungen stehen, auch dafür eintreten, ist selbstverständlich. Von einer „Diktatur“ des Lehrervereins kann also keine Rede sein. 8. Der sächsische Erziehungsverein, der hinter dem betreffenden Schreiben steht, hat uneres Wissens in der Amtshauptmannschaft Ramenz kein Mitglied. Die Lehrerschaft ist mit 4 Ausnahmen im sächsischen Lehrerverein organisiert.

(Wetterbericht vom 28. September.) Kleines Minimum über Ostböhmen entfernte sich, der Einfluß des östlichen Maximums hat sich nun weiter ausgebreitet, und es ist die Aufhellerung westwärts vorgegangen. Schönes Wetter dürfte nun einige Tage anhalten.

(Das Landespreisausschussamt und der Kartoffelpreis.) Wie das Landespreisausschussamt mitteilt, ist der vom Reich für die Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung für Vertragskartoffeln festgesetzte Preis von 31,75 M als Mindestpreis betrachtet worden, was aber nicht der Fall ist. Das Landespreisausschussamt ersucht nunmehr die Preisprüfungsstellen, unverzüglich mit den Landwirten Verhandlungen einzuleiten, um eine Preisfestsetzung zu angemessenen Preisen zu erzielen. Als zweckmäßige Verhandlungsgrundlage sieht das Landespreisausschussamt einen Preis von 15 Mark an. Einen höheren Preis als den Reichspreis sieht das Landespreisausschussamt als Wucherpreis an und ist entschlossen, ihn nicht unbeachtet durchgehen zu lassen. Die Preisprüfungsstellen werden dringend aufgefordert, auf Grund dieser Angaben zu handeln und dafür Sorge zu tragen, daß der Kartoffelpreis ein angemessener bleibt.

(Gegen die hohen Verkaufspreise.) Das Landespreisausschussamt hat die Preisprüfungsstellen und Ueberwachungsausschüsse darauf hingewiesen, daß die Preise für Walnüsse trotz der diesjährigen sehr guten Ernte vielfach unangemessen hoch sind. Die Gestehungskosten haben sich bei ihnen verhältnismäßig weniger als bei sonstigen Erzeugnissen im Laufe der Jahre erhöht. Wenn z. B. noch im Herbst 1916 der Preis für ein Pfund trockene Walnüsse ohne grüne Schalen etwa 1 M betrug, so muß bei einem Kleinverkaufspreise von mehr als 8 bis 4 M angenommen werden, daß entweder der Erzeuger oder der Händler sich zu Unrecht daran bereichert. Die zuständigen Stellen werden Fälle unangemessener Preise für Nüsse jetzt oder vor Weihnachten genau untersuchen und gegebenenfalls die Bestrafung der Schuldigen veranlassen.

(Der sächsische Ministerpräsident über die Zwangswirtschaft.) Auf einer Versammlung in Chemnitz, in der er über die Tagung der Genfer Internationalen berichtete, machte der sächsische Ministerpräsident Brä unter anderem auch zur Frage der Zwangswirtschaft recht bemerkenswerte Ausführungen, die an sich eigentlich nur Selbstverständlichkeiten darstellen, aus dem Munde eines sozialdemokratischen Regierungsmannes aber doch ein ganz besond.eres Eingeständnis bedeuten. So sagte er, daß man zugeben müsse, daß unsern Feldern die Nahrung fehle und daß demgemäß die Ernteerträge nicht zu decken müßten und daß hier alle Experimente mit der Zwangswirtschaft nicht helfen könnten, solange die Nachfrage das Angebot an Nahrungsmitteln übersteige. Weiter machte der Ministerpräsident die Mitteilung, daß das sächsische Wirtschaftsministerium den drohenden Mängeln in der Fleischversorgung im nächsten Winter durch Ankauf von Speck zu begegnen unternommen habe.

(Um die Vertretung der Handwerkerinteressen.) Wie das Wirtschaftsministerium mitteilt, ist die Berufung des jetzigen Schriftleiters

Stichte als Vertreter der Handwerkerinteressen in das Wirtschaftsministerium nicht von den größten gewerblichen Vereinigungen Sachsens beantragt, sondern von der Mittelstandsvereinigung, einem lokalen Handwerkerverein und der Vereinigung gewerblicher Lehrer. Die Gewerkekammer und die maßgebenden Gesamtvertretungen der beruflichen und wirtschaftlichen Belange des sächsischen Handwerks, der Landesauschuß des Handwerks und das Submissionsamt, stehen dem Antrag fern. Diese Stellen, die sich das sächsische Handwerk, durchdrungen von der Notwendigkeit einheitlicher Geschlossenheit zur Wehrung seiner Existenz, selbst geschaffen hat, bringen die Wünsche ihrer Berufsgruppe den Ministerialreferenten fortläufig zur Kenntnis, jedoch das Wirtschaftsministerium eine Ergänzung dieser vorzüglich arbeitenden Ständevertretung nicht für erforderlich hält und daher dem Antrag der genannten Einzelgruppen nicht entsprechen wird.

(18 M der Zentner Kartoffeln.) Der landwirtschaftliche Verein Freiberg faßte den einstimmigen Beschluß, 80 Zentner von jedem Sektar der Kartoffelfläche seiner Mitglieder zu dem Preis von 18 M je Zentner für die unbemittelte Bevölkerung des Kommunalverbandes Freiberg Stadt und Land abzugeben.



Wenn ein Quartal zu Ende geht, rühren die Verleger der Zeitungen die Trommel, um neue Abonnenten für ihre Zeitung zu gewinnen. So war es vor dem Weltkriege. Durch den Weltkrieg kam es anders. Er brachte die Papierknappheit und mit ihr die Papierbewirtschaftung mit sich. Es kamen allerhand Verbote u. a. die Gratisabgabe von Zeitungen und die Verteilung von Werbe-Nummern einer Zeitung. — Der Verlag der „Pulsnitzer Nachrichten“ setzt sich über diese Verbote hinweg und verteilt jetzt vor dem 1. Oktober Werbe-Nummern in den Häusern, in denen die Nachrichten nicht gelesen werden. Abgesehen von der Verbots-Übertretung ist es gewiß lobesam, wenn ein Geschäftsmann sich rührt und für sein Unternehmen Reklame macht, aber es ist verwerflich, wenn zu dieser Reklame Täuschungen benutzt werden. Wie schon gesagt, hat genannter Verlag Werbe-Exemplare verteilt lassen. Um nun die Zeitung recht umfang- und inhaltsreich zu gestalten ist der Werbe-Nummer vom 28. September (115), die Beilage der Zeitung vom 11. September (108) beigelegt worden. — Dann geht der Verlag hausieren mit dem Erlaß des Ministeriums, daß die Amtsblätter den Titel Amtsblatt am Kopf ihrer Zeitung nicht mehr führen sollen. Wir haben schon des öfteren über diese Aenderung im Amtsblattwesen in unserer Zeitung geschrieben und wiederholt, daß der Titel wohl weggefallen ist, aber nicht der Charakter, der darin besteht, daß die in diesen Blättern veröffentlichten Verordnungen Rechts-wirkksamkeit erhalten. — Diese von der Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe, Berlin, erlassenen Verbote (wie oben angeführt) zu umgehen, hat der Verlag des Pulsnitzer Wochenblattes nicht nötig, denn das Pulsnitzer Wochenblatt wird schon seit Jahren wohl in jedem Haus gelesen, in manchem Grundstück ist das Pulsnitzer Wochenblatt drei bis viermal zu finden. — Das ist ein Zeichen der Beliebtheit des Pulsnitzer Wochenblattes unter den Ortsangehörigen, ein Zeichen der Achtung die sich die alte 72 jährige Heimzeitung erworben und die sich von Großvater auf Vater und Sohn übertragen hat. Auch die Sonntagsbeilage, die wir seit dem 10. Juli der Sonnabend-Dr. beifügen, findet in Stadt und Land vollen Beifall, das beweisen uns die zahlreichen Anerkennungen, die uns zugehen! Wir haben somit die Gewißheit und Genugtuung, daß wir mit der Zusammenstellung unserer Zeitung das richtige getroffen haben und bitten unsere verehrten Leser uns die Treue zu bewahren.

Wir laden zum Abonnement am 1. Oktober höflichst ein und zeichnen

hochachtungsvoll
Verlag des Pulsnitzer Wochenblattes.



Thorn. (Künstler-Konzert.) Wir verfehlen nicht, auf das am nächsten Sonnabend im Saale des Gasthofs „Rödnig Albert-Eiche“ stattfindende Künstler-Konzert, veranstaltet vom Ortsauschuß für Heldenehrung, hinzuweisen.

Ramenz. In Caserik ist in vergangener Nacht ein 7 jähriger Wallach gestohlen worden. Das Pferd, langschwänzig, mit Stern, hinten einen Fuß weiß gefleckt, hat einen Wert von 24000 Mark. Für Ermittlung des Täters bez. Täters ist Belohnung zugesichert. Sachdienliche Angaben werden an die Landgendarmarie erbeten.

Dresden. (Scharfe Bewachung der Dresdner Altstadt.) Gerüchte von einem in naher Zeit bevorstehenden Putsch, die überall kolportiert werden, ohne daß Genaueres zu erfahren ist, veranlassen anscheinend die sächsische Regierung zur Ergreifung umfassender Maßnahmen. Der in Dres-

den ankommende Fremde gewinnt in den Straßen und auf den Plätzen der inneren Altstadt den Eindruck einer starken militärischen Besetzung. In kurzen Zwischenräumen folgt eine Sicherheitspolizeipatrouille der anderen. Die Mannschaften sind mit Seitengewehr und Armeerevolvern ausgerüstet; auch die Gendarmepatrouillen sind verstärkt.

Oederan. (Eine neue sächsische Automobilfabrik.) Zu der blühenden sächsischen Automobilindustrie, die besonders in Zwickau, Leipzig, Coswig und Zittau ihren Sitz hat, gesellt sich soeben eine Automobilfabrik in Oederan, die ihre Wagen „Gazelle“ nennt. Die rasigen Kleinautos sind eine Konstruktion des Oederaner Ingenieurs Häufig. Das Unternehmen, das von Siegfried Hoffmann in Oederan gegründet ist, wird in kurzer Zeit auf eine breitere Grundlage gestellt werden.

Reichenau. (Einen unverhofften Besuch) stattete dieser Tage ein Spanier einem ehemaligen französisch-kriegsgefangenen Reichenauer, Herrn Edwin R., ab. Begleiter war in Südfrankreich in einem Kriegsgefangenenlager untergebracht, wofür die der Spanier Dienste verrichtete. Dieser versprach, einmal bei Gelegenheit Herrn R. in Reichenau zu besuchen, und seinem Versprechen ließ er jetzt die Ausführung seines Vorhabens folgen.

Die Kartoffelversorgung des Bezirkes.

Am vergangenen Montag fand, wie bereits mitgeteilt, vormittags 11 Uhr eine öffentliche Bezirksversammlung im Bürger-Saale des Rathhauses statt, die sich in der Hauptsache mit der Kartoffelversorgung des Bezirkes zu befassen hatte. Auf der Tagesordnung standen außerdem zwei kleinere Punkte: die Einbeziehung des Bahndüterhauses Nr. 72 von Kleinröhrsdorf nach Großröhrsdorf und die Wahl eines Mitgliedes für das Wasseramt anstelle des auscheidenden Herrn Roderich Schurich in Großröhrsdorf. Der Einbeziehung wurde vorbehaltlos zugestimmt; Herr Schurich wurde wiedergewählt.

Ueber die Kartoffelversorgung entspann sich nun eine längere, mehrstündige Verhandlung. Zuerst nahm Herr Amtshauptmann Graf Blüthum v. Eckardt das Wort zu längeren Ausführungen, denen wir etwa folgendes entnehmen: Es war voraussehen, daß die Ueberleitung von der Zwangswirtschaft in die freie Wirtschaft der freien Wirtschaft ein Nahrungsmittel wie der Kartoffel nicht ohne gewisse Beunruhigung in der Bevölkerung vor sich gehen würde. Bis zur Beendigung des alten Kartoffelwirtschaftsjahres am 15. September 1920 war die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln Sache der Behörden und geschah auf Grund des Kartellsystems gleichmäßig und einheitlich. Das ist jetzt anders geworden. Die Behörden schalten mit der freien Wirtschaft vollkommen aus. Die Verbraucher suchen nun natürlich ihren gesamten nötigen Kartoffelbedarf einzukaufen. Seitens der Landwirte aber, die noch nicht überlegen konnten, wieviel sie nach Erfüllung der Lieferungsverträge zur Verfügung für die freie Wirtschaft hatten, machte sich eine Zurückhaltung bemerkbar. Sie erschwerte das Herankommen der Kartoffeln auf den Markt, und die logische Konsequenz: starke Nachfrage, kleines Angebot — die Preise zogen an. Der Kartoffelwucher setzte ein. Die Lieferungsverträge zwischen den Landwirten und den Verbraucher-Organisationen gründeten auf einer Basis von 30. — bzw. 31.75 M pro Zentner. Dieser Preis hatte auch Einfluß auf die Preisgestaltung der freien Kartoffeln. Wie die sächsischen Landwirte aber erklärten, sollte an die minderbemittelte Bevölkerung eine gewisse Menge Kartoffeln zu niedrigeren Preisen abgegeben werden. So lagen die Verhältnisse am letzten Donnerstag. Der landwirtschaftliche Arbeitgeberverband hatte seine Vertrauensmänner zusammengerufen, um sie zu veranlassen, dieser Erklärung gemäß von jedem Hektar 10 Zentner zum Preise von 20 Mark pro Zentner, die übrigen zu keinem höheren als 25 Mark abzugeben, und diese hatten zugestimmt. Da fand die Demonstration statt. Den zehn Abgeordneten der Arbeiterdeputation wurde dieser Beschluß mitgeteilt; diese verlangte aber von der Amtshauptmannschaft, sämtliche Lieferungsverträge zu annullieren. Das geht natürlich nicht. Im amtshauptmannschaftlichen Bezirk sind durch Lieferungsverträge 95000 Zentner aufgebracht worden. Als Kommunalverbandes-Rückstandreserve gelten 40000 Zentner, bei einer Verbrauchszahl von 37000 ein Quantum von einem Zentner durchschnittlich pro Kopf. Diese sind uns von der Reichskartoffelstelle zugewiesen. Wir sind durch Kaufvertrag verpflichtet, diese Kartoffeln abzunehmen und zwar 60 % vom 15. September bis zum 31. Dezember, die übrige Menge nach dem 15. März. Da nach Ansicht der Demonstranten eine Kartoffelnot bestehe, ließ die Amtshauptmannschaft sich von der Landeskartoffelstelle 5000 Zentner aus der Reichsreserve zur sofortigen Belieferung der Verbraucher freigeben und die anderen mit Beislag belegen. Davon sind inzwischen 10000 Zentner an die Zentral-Einkaufsgesellschaft in Dresden verflücht. Es werde nun die Frage von der Versammlung zu lösen sein: Wie halten wir uns zu den Vertragskartoffeln? Wollen wir aus der Reichsreserve weitere Kartoffelmengen aufnehmen zur Sicherung der Bevölkerung, oder wollen wir es bei den 40000 Zentnern belassen? Auf die Preisgestaltung kann nicht die Amtshauptmannschaft, nur das Landespreisausschussamt einen Einfluß ausüben. Fest steht, daß die Kartoffeln einen Preis haben müssen, der auch von der minderbemittelten Bevölkerung ohne allzugroße Schwierigkeiten getragen werden kann.

Die Preisgestaltung war nun Gegenstand lebhafter, zum Teil recht erregter Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Landwirte und denen der Arbeiterschaft. Landtagsabgeordneter Linke-Pulsnitz bezeichnete die gesetzlichen Bestimmungen als den Rechtschaden der ganzen Verhältnisse. Es sei ein großer Fehler gewesen, von Reichswegen einen Preis von 30. — bzw. 31.75 M pro Zentner festzusetzen. Auf die Reichsregierung müsse eingewirkt werden, den Kartoffelpreis unter allen Umständen herabzusetzen. 20 Mark sei das Neueste, was der Arbeiter und selbst der Bessergestellte — Beweis: die ständig steigende Inbziffer — zahlen könne; dies sei angemessen auch für die Landwirte. Er stellte einen dahingehenden Antrag, forderte ein Ausführungsverbot für den ganzen Bezirk und drohte bei etwaigem Starrsinn der Landwirte mit der alle gesetzlichen Bestimmungen über den Hausen v. Wenden Selbsthilfe der notleidenden Masse.

Als Vertreter der Landwirte sprach Rittergutspächter Pampel-Hennersdorf. Er sei sich der schweren Verantwortung, die den Landwirten in dieser Angelegenheit z. fällt, wohl bewußt; er könne aber einem Preis von 20 M pro Zentner nicht beistimmen. Die Landwirtschaft müsse, um produktionsfähig zu bleiben, mindestens 25 Mark fordern; bekäme sie diesen Satz nicht, so wäre als baldige Folge der Rückgang der Kartoffelanbaufläche zu verzeichnen. Er ver-



damme die Schleichhändler und Wucherer, die die Ehre der gesamten Landwirtschaft verkauften, 20 Mark jedoch wären zu niedrig. Die Preisfestsetzung am Donnerstag im Stern sei unter dem Druck der Straße geschehen. Eine Minderheit von 27 Landwirten könne unmöglich auf sämtliche 7000 des Bezirkes einwirken; diese würden die aufgezwingenen Beschlüsse wohl kaum anerkennen.

Ihm hielt Lagerhatter Kaiser entgegen, daß die Verbraucher von ihrer einmal gefassten Forderung nicht abgehen könnten. Die Landwirtschaft habe sich trotz allen möglichen Verhältnissen immer oben behauptet. Gehehe nichts im Preisabbau, so werde der Wille der Masse stärker sein, als alle Einwendungen der maßgebenden Stellen und die Folgen würden die Landwirte eben am eigenen Leibe spüren. In diesem Sinne sprach auch Landtagsabgeordneter Günther Pölsnitz. Die Bürgerchaft und die arbeitende Klasse hätten die fortwährende Kaszführung seitens der Landwirte bis zum Ueberdruß satt. Seiner Ansicht nach hätten die Landwirte trotz des niedrigen Preises von 20 Mark einen noch annehmbaren Nutzen, wären doch aus anderen Bezirken Angebote von 14 bis 18 Mark pro Zentner bekannt. Ganz besonders scharf griff er die „gewissenlosen Hühner aus Landwirtschaftskreisen“ an, die die Bevölkerung gegen den Kommunalverband aufpöckelten, die sie bemüht belügen und betrügen wollten. Sie verfolgten nur den Zweck, bei einer Besetzung des Kommunalverbandes erst recht ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. Auch er betonte, es müsse eine Einigung zustande kommen, ohne die man die Massen nicht mehr in der Hand behalten könne. Die Vorgänge im Reich möchten den Landwirten zur Warnung dienen.

In diesem Tone sprach sich die Aussprache auf beiden Seiten lebhaft weiter, ging oft sehr ins Persönliche und brachte keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte. Vorstehender Justizrat Bogt formuliert schließlich folgende Entschliessung zur Abstimmung: 1. Die Bezirksversammlung fordert die Regelung der Kartoffelversorgung einheitlich für den ganzen kreishauptmannschaftlichen Bezirk und darüber hinaus für das Land. 2. Es soll eine Kartoffelnotstandsreserve von 40000 Zentnern für das kommende Frühjahr geschaffen werden. 3. Die von der Landeskartoffelstelle in Aussicht gestellten 40000 Zentner sollen eben als gekauft und zur sofortigen Belieferung der Verbraucherkreise freigegeben werden. 4. Für Vertrags- und freie Kartoffeln soll ein Preis von 20 M pro Zentner ab Erzeuger maßgebend sein bis 31. Dezember 1920, von welchem Zeitpunkt ab dann neue Beschlüsse gefaßt werden. Durch Mitteilung dieser Maßnahmen an das Landespretsamt seien diesem Anhaltspunkte für ein einigermassen einheitliches Vorgehen im Lande gegeben. Die Abstimmung zögerte nur eine Stimme gegen Punkt 4.

Im weiteren Verlauf brachte Lagerhatter Kaiser ferner zur Sprache, daß in der Bezirksratschäftsstelle Summen bis 175000 M zur Verteilung an die Fleischer bekommen seien, ferner behörte er Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Medizinalstellen. Eine Aeußerung eines anwesenden Herrn Minkwitz, der ihn der Beteiligung an einer Zuckerschmelze bezichtigt hatte, verlangte er zurückgenommen. Letzteres wurde ihm vom Vorsitzenden als nicht am rechten Platze verworfen. Graf Wischum beantwortete die erste Frage dahingehend, daß er nicht über die Höhe der Schlachtprämien orientiert sei. Nach Bemerkungen mit Fleischbeschaue Berger wäre auf jeden Fleischer eine Summe von 2000 M und mehr entfallen. Die Angaben über die Gehälter und Anstellungsverhältnisse der Medizinalstellen fanden durch ihn eine befriedigende Richtigstellung. Die Lage auf dem Fleischmarkt ließ Linke-Pölsnitz nochmals das Wort ergreifen: er forderte Wachtsmaßnahmen in der Fleischversorgung, wenn man in Kürze nicht eben dasselbe wiederholen sollte wie durch den Kartoffelwucher. Dem konnt Graf Wischum beruhigend entgegenzutreten und auf die kürzlich durch die Presse gegangene Notiz hinweisen, wonach die Sicherstellung der Fleischversorgung durch Verkauf großer Mengen Auslandsfleisch, das zugleich preisregulierend auf dem Markte wirken soll, gewährleistet sei. Er berührte ferner noch die Bewirtschaftung von Brot und Getreide. Solange die Zwangswirtschaft bestehe, werde sie von den mit der Ueberwachung betrauten Behörden mit aller Strenge durchgeführt, trotz der Schwierigkeiten, die seitens der Bevölkerung bereitet werden. Würden sich alle in gewissem Maße einschränken, so könnte schließlich die Gesamtlage erträglich werden. Je mehr wir auf das Auslandsgetreide angewiesen sind, desto mehr leiden unsere finanziellen Verhältnisse.

Kurze Anfragen aus der Versammlung über Dittensentschädigung bei Bezirksversammlungen u. a. bildeten den Schluß der Sitzung.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Magdeburg, 28. September. (Die Ursachen der hohen Kartoffelpreise). Der Vertreter der Telegraphen-Union in Magdeburg hatte heute eine Unterredung mit maßgebenden Stellen des Kartoffelgroßhandels. Er äußerte u. a. folgendes: Durch die Verschlebung der Konferenzen bezüglich der Preisfeststellung ist eine so ungeheure Krise entstanden, welche auf die allgemeine Bewirtschaftung derart nachteilig wirken wird, daß die meisten Verbraucher keine Kartoffeln haben werden. Die Erzeuger bestehen immer noch auf den von der Reichskartoffelstelle abgeschlossenen Verträgen von 30 Mk. Solange diese Verträge nicht annulliert sind, kann man keinen Preis erwarten, zumal auch die Kommunen von der Reichskartoffelstelle größere Posten abzunehmen verpflichtet sind. Diese müssen den Preis von 30 Mk. bezahlen und haben auch zum Teil schon größere Posten zu diesem Preise eingeliefert. Daraus läßt sich schließen, daß der Preis von 40-45 Mk. einschließlich Ankosten hochgehalten und dadurch den Erzeugern und Händlern ein unannehmlicher Preis vorgeschlagen wird. Wenn die Händler billiger verkaufen wollten, würden sie den Kommunalverbänden mit ihren billigeren Preisen in den Rücken fallen. Daraus ergibt sich, daß die Händler, die in mancher Beziehung von diesen Verbänden abhängen, zum gleichen Preise verkaufen müssen. Ein genauer Einkaufspreis läßt sich eben durch die Verschlebung der Konferenzen und auch trotz aller Reden in der Landesversammlung noch nicht feststellen, was zwar bedauerlich, aber immer Schuld der Reichswirtschaftsstelle ist. Die Versicherung mag das Publikum haben, daß, wenn die Verträge der Reichskartoffelstelle aufgehoben werden und ein absolut freier Handel eintritt, die Kartoffeln, die den Kommunen zwangsweise zugekauft werden, nicht für die vorstehend angegebenen Preise in den Verkehr kommen, da der freie Handel selbst bestrebt ist, gute Ware zu liefern und die Konkurrenz sich gegenseitig immerhin selbst unterbietet.

Bremervhagen, 28. September. (Moske über Deutschlands Lage). Der Oberpräsident der Provinz Hannover, der frühere Reichswehrminister Moske, hielt den Unterweserorten einen Besuch ab. Vor seinen Parteifreunden hielt er eine Rede über die politische Lage, in der er u. a. hervorhob: Im Augenblick in die fast rein bürgerliche Regierung einzutreten, liegt für die Mehrheitssozialdemokratie kein Anlaß vor. Die Unabhängigen haben auf die gegenwärtige Regierung lange nicht so geschimpft, als

auf diejenige, in der die Mehrheitssozialdemokraten vertreten waren. Wenn die gegenwärtige Regierung gestürzt wird, entsteht die Frage, was dann kommt. Eine Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie ist bei dem Verfall der unabhängigen Sozialdemokratie ebenso ausgeschlossen, wie mit dem Zentrum und den Demokraten zusammen. Eine Uebernahme mit den Nationalen ist gleichfalls ausgeschlossen; infolgedessen müssen wir die Zeit reifer werden lassen, um dann an Neuwahlen zu denken. Weiter berührte der Oberpräsident die augenblickliche wirtschaftliche Lage Deutschlands. Er wies auf die Bedrückungen durch die Feinde hin, und erklärte, wenn alle Forderungen, die die Feinde an Deutschland stellen, durchgeführt werden sollten, müßte jeder Familienvater im Jahre 4500 Mark Steuern aufbringen. Das sei unmöglich.

Hamburg, 29. September. (Die Wiedergeburt der deutschen Handelsflotte). Am Sonnabend, den 25. September, machte der auf der Flensburger Schiffbauwerft erbaute 10000 Brutto-Registertonnen große Dampfer „Hambura“ seine Probefahrt von Flensburg nach Kiel und wurde auf See von der Reederei der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft übernommen. Das Schiff ging unmittelbar anschließend durch den Kanal nach Hamburg weiter, von wo es nach einigen Tagen seine erste Reise nach Niederländisch-Indien antreten wird. Die „Hambura“ ist das erste nach dem Kriege auf einer deutschen Werft erbaute Schiff, das in deutschen Händen bleibt. Seine Reise bedeutet den ersten Anfang der transatlantischen Fahrt mit deutschen Schiffen nach dem Kriege.

(Kein sozialdemokratischer Eintritt in die Regierung.) Aus parlamentarischen Kreisen erfährt unser Berliner Vertreter, daß die Möglichkeit eines Wiedereintritts der Sozialdemokratie in die Regierung von Seiten der Koalitionsparteien verhandlungsmäßig nun nicht mehr in Erwägung gezogen werden soll. Dagegen will man auf andere Weise versuchen, der Regierung eine feste Grundlage zu geben. Nach dem Wiederauftritt des Reichstages ist zu erwarten, daß die Sozialdemokraten vielleicht von selbst wieder eine Anregung zu ihrem Wiedereintritt in die Regierung geben werden, aber man steht dieser Frage augenblicklich kühler denn je gegenüber. In Kreisen der Deutschen Volkspartei ist neuerdings mit aller Entschiedenheit betont worden, daß ein Wiedereintritt der Sozialdemokraten in die Regierungskoalition unter keinen Umständen geeignet sei, die innenpolitische Lage zu verbessern. Was die Frage der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl anbelangt, so ist gelegentlich einer kürzlich gepflogenen unverbändlichen Besprechung der Plan aufgetaucht, daß sich die drei Regierungsparteien auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen werden.

(Das kommende Frühjahr-Steuerprogramm.) Wie unser Berliner Vertreter erfährt, wird das Reichsfinanzministerium nach bis zum Frühjahr ein neues Steuerprogramm fertigstellen, das dann dem Reichstag vorgelegt werden soll. In einer Kadabra-Sprechung wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch von den Reichstagsparteien bestimmte Vorschläge über neue Steuererhöhungen gemacht werden sollten. Was verlauiet, werden bei den neuen Steuern nach Möglichkeit direkte Abgaben vermieden, während in der Hauptsache indirekte Steuern in Erwägung gezogen werden sollen.

(Englands Kreditplan für Deutschland.) Wie unser Berliner Vertreter aus Schweizer diplomatischen Kreisen erfährt, hat England mit neutralen Mächten, so u. a. mit der Schweiz und mit Dänemark Verhandlungen über die Gewährung eines Kredites eingeleitet. Sollte in Brüssel die Erörterung des englischen Kreditplanes vor dem Parlament der internationalen Sachverständigen nicht möglich sein, was in unterrichteten Kreisen überall angenommen wird, so hat England vereinbart, daß zu einem gelegenen Zeitpunkt mit Deutschland direkt über die Kreditfrage verhandelt wird. Falls die Erörterungen in der Wiedergutmachungskommission über die Entschädigungsfrage noch im Laufe des Oktober zu einem einseitigen Ergebnis führen würden, wäre die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß noch im Laufe dieses Jahres ein Kreditabkommen mit Deutschland zustande kommt.

(Die Schweizer Valuta-Bank.) Wie unser Berliner Vertreter erfährt, werden im Oktober zwei Mitglieder des Direktoriums der Schweizer National-Bank nach Berlin kommen, um zum Zwecke der Errichtung einer Schweizer internationalen Valutabank eingehende Studien über die Verhältnisse auf den deutschen Banken zu machen.

Die Rede des deutschen Delegierten in Brüssel.

Brüssel, 29. Sept. Der deutsche Delegierte, Staatssekretär Bergmann legte die Finanzlage Deutschlands an Hand der bereits bekannten Ziffern ausführlich dar und sagt dann über die zur Deckung der Ausgaben ergriffenen und noch zu ergreifenden Maßnahmen: Gegenwärtig wird in Deutschland eine Steuerreform größten Umfangs durchgeführt. Für das Jahr 1920 wird aus Steuern und Zöllen ein Eingang in Höhe von 37 1/2 Milliarden M erwartet, das ist ein Betrag, der für sich allein schon die Ausgaben des ordentlichen Haushalts von etwa 39 1/2 Milliarden M fast völlig deckt. Die deutsche Regierung ist aber in der Befürchtung an der Grenze des Menschlich-möglichen angelangt. Dabei ist sie von der Erwägung geleitet, daß jede Verminderung der Produktion vermieden werden muß. Die Reichsfinanzverwaltung kämpft ständig für Innehaltung der allergrößten Sparsamkeit. Ihre Anstrengungen sind aber bisher zum Teil auf unüberwindliche Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Lage gestoßen. Soweit Ausgaben in der Folge des Krieges und der Bedingungen des Friedensvertrages notwendig geworden sind, lassen sich Ersparnisse nicht erzielen. Allein für die beiden Rechnungsjahre 1919 und 1920 mußten die Kosten der Durchführung des Friedensvertrags mit 47 Milliarden M eingestuft werden. Die Unterhaltung des Deutschlands aufrechten Soldatenheeres erfordert weit größere Ausgaben als ein Heer auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht. Alle diese Lasten sind von einem in seinen Grenzen und seinem Erwerbsleben verengten Wirtschaftskörper zu tragen. Auf der anderen Seite macht der Zustand der Ernährung und Kleidung sowie die Entblösung des Landes von Rohstoffen eine sehr erhebliche Einfuhr dringend erforderlich. Die allgemeine Teuerung steigert sich für Deutschland in einem ungewöhnlichen Maße

durch die fast völlige Entwertung des deutschen Geldes. Die Anschwellung aller Ziffern des vorliegenden Finanzberichtes erklärt sich in erster Linie dadurch, daß infolge der sprunghaften Entwertung der Reichsmark, die ihren vorläufigen Tiefstand im Februar und März d. J. erreicht hat, alle Warenpreise in Deutschland um das Vielfache gestiegen sind; Löhne und Gehälter mußten entsprechend nachfolgen. Damit sind auch die Reichsausgaben in einem Maße gewachsen, daß es nicht möglich war, mit der Vorsorge für die entsprechenden Einnahmen gleichen Schritt zu halten. Mit der Entwertung der Mark im Ausland steht das Anwachsen des Papiergeldumlaufes in Deutschland in engem Zusammenhang. Mit den wachsenden Steuereinnahmen hoffen wir jedoch, allmählich die Notenproduktion zum Stillstand zu bringen und damit auch der Valutaniederwertigung entgegenzuwirken. Trotz der bestehenden unfreundlichen Verhältnisse halten wir jedoch Deutschlands finanzielle Lage nicht für verzweifelt. Wer unbefangene die Zustände prüft, wird finden, daß Deutschland doch allmählich zur Ordnung zurückkehrt und daß erfreulicherweise auch der Wille zur Arbeit überall im Lande sich wieder kräftig regt. Um die Währungsverhältnisse zu stabilisieren und um den internationalen Verpflichtungen gerecht und verständigerweise nachkommen zu können, muß Deutschland in seinem wirtschaftlichen Leben mindestens soweit gehoben werden, daß es an dem Weltverkehr wieder in aktiver Weise teilnehmen kann.

Aus aller Welt.

Berlin, 28. September. (100000 Mark Ersatzstrafe.) Die Unabhängige Ortsleitung des Metallarbeiterverbandes ist vom Schlichtungsausschuß wegen ungerechtfertigter Entlassung von Angehörigen zu über 100000 Mark Ersatzstrafen verurteilt worden.

Köln, 29. September. (Feuersbrunst in einer rheinischen Burg.) Seit heute morgen liegt die Burg Elz bei Münstereifel in Flammen. Die Feuersbrunst ist durch Kaminbrand entstanden, der nicht mehr gedämpft werden konnte. Die Kapelle der Burg ist völlig niedergebrannt. Die wertvolle Bibliothek ist gerettet. Burg Elz enthält eine reichhaltige Gemäldesammlung mit Werken von Cranach, Direr und Holbein. Sie ist eine der wenigen Burgen, die bei der Zerstörung der Pfalz durch Ludwig XIV. erhalten geblieben sind.

Inserate für alle Zeitungen

vermitteln vollständig kostenlos

E. L. Försters Erben

Literatur.

Heimatkundliches. Soeben ist „die Oberlausitzer Heimat“, ein Volkskalender auf das 1921, erschienen. Ein schmuckes und reich ausgestattetes Buch, dem wir von ganzen Herzen Eingang in jede deutsche Familie wünschen. Und warum? Ein gutes Buch ist der beste Hausfreund, der uns manche angenehme Stunde bereitet und uns niemals untreu wird. Und wer nur flüchtig diesen 184 Druckseiten umfassenden Volkskalender durchblättert, der wird gar bald durch die reizvollen Bilder, darunter sehr wertvolle und künstlerisch ausgeführte Strichzeichnungen, so gefesselt, daß er davon gar nicht wieder loskommt, und wer sich nun noch in den Inhalt des dargebotenen Lesestoffes vertieft, der kann von dem Buche nicht wieder lassen. Er liest wieder und immer wieder, sich zur stillen Freude. „Die Oberlausitzer Heimat“ schafft angenehme Unterhaltung und bringt uns zum Bewußtsein, wie schön und geschichtlich interessant unsere Heimat doch ist, und daß wir es wahrlich nicht nötig haben, so viel ins Ausland zu wandern. Der neue Volkskalender öffnet seinem Leser die Augen für die Schönheiten seiner Heimat. Aus dem reichen Inhalte des dargebotenen Lesestoffes wollen wir nur einige Aufzählungen hervorheben: „Heimat und Welt“, „Innere Stimmen“, „Die geprellten Goldsucher“, „Mehr Licht“, „Die Löbauer Gasthöfe“, „Im Strohkranz“, „Bemerkenswerte Bäume der Oberlausitz in Geschichte und Sage“, „Die Grünung der Stadt Löbau“, „Das Größte Gerichtsbuch von 1535“, „Volksmedizin in der Oberlausitz“, „Wanderbilder aus den Grenzgebieten der Oberlausitz und Nordböhmens“. — Herausgeber sind Prof. Dr. Kurt Müller in Löbau und Direktor Emil Glauber d. J. in Görlitz. „Die Oberlausitzer Heimat“ ist im Verlag der Görlitzer Nachrichten und des Görlitzer Anzeigers erschienen und kann durch jede Buchhandlung bezogen werden. Möchten recht viele diese ganz vorzügliche Heimatschrift erwerben! Niemand wird es bereuen.

Gingefandt.

Die Redaktion steht dem Inhalt der eingegangenen Artikel sowie nach übernimmt nur die pressegesetzliche Verantwortung.

Ein junger Mann, der sich vor nicht so langer Zeit zwecks Ausbildung in Pölsnitz aufhielt, schreibt seinem ehemaligen Chef aus Santos (Brasilien) u. a.: „Vorläufig sieht ja allerdings alles noch recht, recht trübe aus. — Die Teuerung aller Erzeugnisse ist ja durch den Krieg auf der ganzen Welt verbreitet. Selbst hier, wo an Lebensmitteln alles vorhanden ist, werden die Preise durch Traut künstlich hochgepumpt. So kostet hier z. B. 1 kg Butter 8-10 Mk. d. i. nach heutigem Kurse in Mark 30-100 Mk. Zu diesem Preise kann man sie gewiß auch in Deutschland haben. Mit Reis, Bohnen, Kartoffeln, Mais, Kaffee etc. ist es ebenso. Aber es ist alles in Fülle da, an nichts herrscht Mangel. — (Ann. d. Schriftl.) Teure Preise auf der ganzen Welt!

Ein Paar Stiefelsohlen für 5 Mark

wenn Sie Silber-Cementol gefestigt solche mit gefestigt gepulverten. Tausendfach anerkannt. Behördlich empfohlen. Schutz gegen Risse und Risse. Garantiert 5 Jahre längere Haltbarkeit der Sohle. Packung für 6 Paar Stiefelsohlen gegen Mk. 3.— in Briefmarken portofrei. — Reusch & Baumheier, Dresden, Frauenstr.



! Olympia - Theater !
 Sonnabend .. 7/8 und 9/9 Uhr .. Sonnabend
Die balden Ehen des Edgar Hallinger
 Der Leidensweg eines Blinden in 5 Akten.
 In der Hauptrolle: Sybill Smolowa.
Der keusche Joseph. Lustspiel.
 Sonntag und Montag **Familien-Vorstellung!**
 — Anfang 4 Uhr: —
Die Goldprinzessin.
 Feines Detektiv-Drama in 3 Akten.
Der gestohlene Frack. Lustspiel.
Werdegang einer Puppe. Interessant.
 — Eiko-Wochenbericht. —
 Grosses Jahrmakrt-Programm!

Schützenhaus.
 Zum Jahrmakrt
 Sonntag und Montag
 von nachmittags 4 Uhr an
feiner Ball!
 Hierzu ladet freundlichst ein
Alwin Höntsch.
 Empfehle gleichzeitig meine
angenehmen Lokalitäten
 zur geneigten Beachtung. — Mit ff. Speisen und Getränken
 werde ich bestens aufwarten.
Der Obige.

Gasthof Völlung.
 Sonntag, den 3. Oktober, von nachmittags 4 Uhr an
feine Ballmusik!
 Freundlichst laden ein **Richard Siede u. Frau.**

Freie Turnerschaft, Pulsnitz.
 Freitag, den 1. Oktober 1920, abends 8 Uhr im
 Gasthof Völlung
Haupt-Versammlung.
 Wichtige Tagesordnung. Pünktliches und zahlreiches
 Erscheinen aller Mitglieder erwartet der Vorstand.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten etc.
 Ortsgruppe Pulsnitz.
 Sonntag, den 3. Oktober, von vorm. 1/8—11 Uhr
 im Bürgergarten. — Abgabe von Beise. Mitgliedskarte
 vorlegen.

Donnerstag, den 30. Sept. beginnt in
 Riemers Gasthof in Arnsdorf das dies-
 jährige große
Herbst-Preis-Kegeln.
 Weitere Kegeltage: 2, 3, 6, 7, 9, 10,
 13, 14, 16, 17, 20, 21, 23, 24. Oktober.
 1. Preis M 1000.—, 2. Preis M 750.—, 3. Preis M 500.—
 Außerdem gelangen M 1500.— für Punkte zur Auszahlung.
 Tagespreis M 10.—. Einsatz: 3 Kugeln M 1.—.
Kegelklub „Gut Holz“, Arnsdorf.

Billiges Angebot!
 Cöper-Inlett, feberdicht, 80x130 cm breit,
 Bettzeuge, weiß und bunt 80x130 cm breit,
 Bettfächer, in Leinen und Barchent, 150 cm breit,
 Hemdenbarchent,
 Hemdentuch,
 Zefir, passend zu Sporthemden und Blusen, 80 cm breit,
 Roh-Nessel, 90 cm breit,
 wollene Kleiderstoffe, sowie
 ein Posten wollene Kleiderstoff-Reste
 passend zu Kleidern, Kostümen, Blusen, Röcken,
 Mänteln und Knabenanzügen.
K. W. Londershaus,
 Kein Laden! Bischofswerdaerstraße, im Hause des
 Herrn Dr. Schlotter, 2 Treppen. — Kein Laden!

Billige Schuhwaren
 zum Jahremakrt!
 Sämtliche Artikel in Herren-, Damen- und
 Kinder-Schuhen in Filz und Leder.
 Stauend billige Preise.
 Größtes Geschäft am Platze, man beachte genau meinen Stand-
Hans Boxleitner, Thonberg bei Kamenz.

G. D. A.
 Freitag, den 1. Okt. 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung.
 — Herrnhaus. —

V. e. T. T.
 Versammlung Sonnabend, den
 2. Okt. 1920 8 Uhr Herrnhaus.

D. N. J.
 Freitag Abend 7/8 Uhr
außerord. Hauptversammlung
 Ratskeller.

Weißkraut
 zum Einschneiden
 empfiehlt ab Sonnabend
 — Körner. —

Freitag
feischen Schnellfisch
 empfiehlt Körner.

Schnittwaren
 große Auswahl
 zu bedeutend herab-
 gesetzten Preisen
 empfiehlt
Konsumverein Pulsnitz

+Gummiwaren
 Spülapparate, Frauendou-
 chen, Clysos, Schläuche, Un-
 ter-Lagen, Vorfal-Binden,
 Frauentropfen u. a. sanitäre
„Gummiwaren.“
 Auftragen erb. (Damenbedienung
 durch m. Frau) **W. Heusinger**
 Dresden, am See 37, nahe
 Hauptbahnhof.

Wohnungen
 2 möbl. Zimmer, zur Er-
 richtung einer Praxis tagsüber
 2 Tage in der Woche zu mieten
 gesucht. Offerten erbeiten an
R. Fohia, Porstendorf bei
 Schandau.

Stellen-Angebote
 Eine geübte
Bandaußschlägerin
 gesucht.
Schurig - Raupach.

Schulknabe
 für die Nachmittagsstunden
 gesucht.
Herm. Sperling.

Damen = Hemden,
 Untertailen, Strickwolle, weiße und bunte Schürzen,
 Handtücher, Taschentücher, Bettzeug-Inlett, Hemden-
 Barchent, Kessel usw. verkauft billig
frau Ida Hauke, Friedersdorf Nr. 24.

Achtung! Schuhmachergesellen Achtung!
 von Pulsnitz u. Umg. Achtung!
 Nächsten Freitag, den 1. Oktober, findet im **Gast-
 hof Völlung** abends 7 Uhr eine wichtige Besprechung statt.
 Das Erscheinen aller ist Pflicht. Der Einberufer.

Wer seinen Mitmenschen durch Wort und Schrift
 imponieren, sein Ansehen und seine gesellschaftliche
 Stellung heben und in den Aufgaben des Lebens
 Erfolg haben will, kaufe sich
das Meisterschaftssystem d. deutschen Sprache
 Eine praktische Anleitung, um in kurzer Zeit impo-
 nierend, sicher, richtig und erfolgreich sprechen und
 schreiben zu lernen, sowie an praktischen Beispielen das
 Schreiben von Briefen, Rundschreiben, Geschäftskorre-
 spondenzen, Eingaben an Behörden, Anzeigen, Ditt-
 tungen, Rechnungen, Schuldscheine, Verträgen, Proto-
 kollen, Testamenten, die Anwendung der Buchführung,
 des Wechsel- und Scheckverkehrs und der Titulaturen
 gut und sicher zu lernen.
 Bearbeitet von **Karl Martens.**
 Zweite vermehrte Auflage.
 Preis des Werkes 22 Mark in elegantem
 Aufwahrungskasten.
 Kann gegen Nachnahme oder Einfindung
 des Betrages bezogen werden durch die
Rosenthal'sche Verlagsbuchhandlg. in Leipzig 23.

Gasthof „König Albert-Eiche“, Ohorn.
 Sonnabend, den 2. Oktober cr.:
Gross. Künstler-Konzert
 bestehend in
 Gesangsvorträgen der Konzert- und Oratorien-Sängerin **Frau Marie
 Thieme,** Dresden und des Konzert- und Opern-Sängers **Herrn
 Martin Otto,** Dresden. Musikalische Begleitung: **Herr Emil
 Klinger,** Dresden. Ferner Männer- und gemischte Chöre, turne-
 rische Aufführungen und Gedichts-Vorträge.
Saalöffnung 7 Uhr. Anfang punkt 8 Uhr.
 Preise der Plätze im Vorverkauf bei **Herrn Max Betermann** und
 im **Konzertlokal:** 1. Platz 4 M., 2. Platz 2 M., Seitenpl. 1 M., a. b. Abendkasse 50 Pf. mehr
 Hierzu ladet ergebenst ein
der Ortsausschuß für Heldenehrung zu Ohorn.

Preiswerte Angebote
 in
**Damenkleider-, Kostüm- und
 aparten Blusenstoffen** reiche Auswahl, in modernen
 Farben.
Herren - Stoffen Anzugstoffe, deutsche Fabrikate, zu
 heutigen Tagespreisen.
**Brautkleider-, Ballkleider-
 und Hochzeitskleiderstoffen** in Baumwolle, Wolle, Voile und Seide,
 in hervorragender Auswahl.
Jacken- und Hemden-Barchenten, bunten Bettzügen und Bett-
 kattunen, weißen Hemdentuchen und Halbleinen, Kostüm- und
 halbwollenen Röcken.
Warmen Winter - Mänteln für Damen, junge Mädchen u. Kinder,
 in haltbaren, guten Stoffen, in allergrößter
 Auswahl am Platze seit nahezu 50 Jahren.
 Ueberzeugen Sie sich selbst am Lager, von unserem fortgesetzten Be-
 mühen, **wirklich Preiswertes** zu bieten, um jedem die notwendige
 Anschaffung von Bekleidung zu ermöglichen.
Modewaren- und Konfektionshaus
Aug. Rammer jr., Pulsnitz, Langestr. 26/27.

Rontoriffin
 zur Bedienung d. Schreibmaschine
 gesucht. Bedienung möglichst
 perfektes Stenographieren.
 Angebote unter **J. 30** an die
 Geschäftsstelle bis. Bl.

**Zuverlässiges, ehrliches
 Hausmädchen,**
 nicht unter 17 Jahren, sucht bei
 guter Kost und hohem Lohn für
 sofort oder später.
Frau Proturist G. Weber,
 Bischofswerda, Bischofsplatz 4.

Zu verkaufen
 Ein fast neuer
Webstuhl,
 8 teilig, 40 Gänge Körper mit
 Spulmaschine und sämtl. Zubehö-
 rteilen preisw. zu verkaufen
Leppersdorf Nr. 13.

Für die anlässlich unserer Vermählung
 dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
danken herzlichst
Karl Näther und Frau Martha geb. Schütze.
 Pulsnitz, Völlung, 26. Sept. 1920

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit
 dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen
 wir allen unsern
herzlichsten Dank.
Oberlichtenau, Erwin Brückner und Frau.
 23. Sept. 1920.

Konsumverein Pulsnitz.
Zum Jahrmakrt
 empfehlen wir unser
Schnittwaren-Lager.
 Große Auswahl! Bedeutend herabgesetzte Preise!
 Am Sonntag, 3. Okt. ist die Schnittwaren-Abteilung
 in Pulsnitz M. S. auch nachmittags von 2—6 Uhr
 geöffnet.
Der Vorstand,

Großer Inventur-Ausverkauf
 bis zum 30. Sept. 1920
 in sämtlichen Tabak-Waren,
 wie Zigarren,
 Zigaretten, Rauch- und Rau-
 — Tabak. —
 Zum Teil große Preisermäßigung, be-
 sonders in Rauchtak.
Georg Hommel, Niedersteina.
 Tabakfabrikate — Groß- und Kleinhandel.
Zur Beachtung!
 Zum Jahremakrt in Pulsnitz bringe ich wieder einen
 Posten nur wirkl. dauer-
 haftes und widerstandsfähiges Ledertuch zu Schürzen, Decken,
 Unterlagen, Kinderwagen-Planen usw., alles nur gute
 Friedensqualität, zum Verkauf.
Bruno Perl, Großenhain.
 Stand an der Apotheke, gegenüber „Stadt Dresden“,
 erkennlich an dem großen Ledertuchschilde.

Pulsnitzer Wochenblatt

Donnerstag, 30. September 1920.

Beilage zu Nr. 137.

72. Jahrgang.

Aufhebung der Provinzialstände der Oberlausitz.

In einer der letzten Sitzungen des Verfassungsausschusses der Volkstammer kam auch die Aufhebung der Provinzialstände der Oberlausitz zur Sprache. Hierzu gab die Regierung eine Erklärung ab, die von großer Bedeutung für die künftige rechtliche Stellung der Provinzialstände ist. In der alten sächsischen Verfassung war bekanntlich ausdrücklich vorgesehen, daß neben ihr die Provinziallandtagsverfassung in der Oberlausitz und die Kreistagsverfassung in den alten Erblanden weiter bestehen bleiben sollten. (§ 61 der alten Verfassung.) Nach der Revolution mußte diese politische und staatsrechtliche Sonderstellung der alten Verfassungen der Erblande und der Oberlausitz beseitigt werden. Genau genommen ist er durch die Revolution tatsächlich schon aufgehoben. Es fallen also damit alle öffentlich rechtlichen politischen Befugnisse, wie das Vorschlagsrecht für die Amtshauptleute, die Steuererhebung usw. fort, dagegen erscheint es nach der im Verfassungsausschuß abgegebenen Regierungserklärung nicht unbedingt notwendig, auch die Repräsentativverfassung zu beseitigen, wenn man das nicht aus politischen Gründen für notwendig hält.

Die Sachlage ist nun nach jener Regierungserklärung die, daß die gesamten Provinzialstände von Stadt und Land der Oberlausitz zurzeit als Träger von Vermögensrechten nicht in Frage kommen, sondern daß die den Ständen des Landkreises gemeinschaftlich gehörende Landständische Bank eine von ihren Eigentümern losgelöste juristische Person ist, die auch dann fortbestehen würde, wenn die rechtliche Persönlichkeit ihrer Garantien angezweifelt würde. Wohl aber ist es für die Anerkennung der Landständischen Bank als öffentlich rechtliche Kreditanstalt nicht gleichgültig, ob die Stände des Landkreises als fortbestehend angesehen werden oder nicht und ob die Aufbringung eines

lustes auch fernerhin wie ein Provinzialbedürfnis aufgebracht werden kann. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Aufhebung der Oberlausitzer Verfassung nicht ohne weiteres die Aufhebung der Stände bedeutet, zumal diese ja bereits vor Vereinbarung der alten sächsischen Verfassung bestand. Sie verlieren zwar jede Beziehung zum Staate, der Provinziallandtag verliert die Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaft, er hat nicht mehr wie bisher den vom Landtag beschlossenen Gesetzen zugestimmen, die Stände bleiben aber als Organe für die Verwaltung ihres eigenen Vermögens und der von ihnen verwalteten Stiftungen — freilich ohne das Steuererhebungsrecht — bestehen. Ihr Provinziallandtag, wenn man diese Benennung beibehalten will, wird also zu einer Art Generalversammlung. Die Volkstammer hat das auch bereits anerkannt, denn es hat ihr der Vertrag vorgelegen, den das Wirtschaftsministerium für den Staatsfiskus auf die Dauer von 30 Jahren mit den Oberlausitzer Ständen über die Benutzung der diesen gehörigen Versuchsanstalt Pommritz als Beispielswirtschaft abgeschlossen hat.

Der Verfassungsausschuß stimmte der Regierungserklärung im großen ganzen zu und beschloß die Aufhebung aller Sonderrechte sowohl der Provinzialstände der Oberlausitz als auch des Kreistages in den Erblanden.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

— (Ein neuer Titel für Volksschullehrer?) Nach der „Neuen pädagogischen Zeitung“ beabsichtigt die preußische Staatsregierung, auch den Volksschullehrern einen neuen Titel zu geben. Da die Oberlehrer den Titel Studienrat erhalten haben, sollen vom 1. Oktober ab die Volksschullehrer Volksschulrat und die Direktoren Obervolkschulrat genannt werden.

— (Die Brosamen, die von des Rei-

Tag tritt immer klarer in die Erscheinung, welcher ein schwerer Fehler die Erzberger'schen Steuermacherei es war, die Steuerorganisationen der Länder zu zerlegen, ohne daß eine Reichssteuerorganisation an ihre Stelle gesetzt werden konnte. Noch heute, obwohl bereits Monate seit dem Uebergang der Steuerhoheit der Länder auf das Reich verstrichen sind, haben diese noch nicht einen Pfennig von dem ihnen zukommenden Steueranteil erhalten. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist auch vor November kaum ein Eingang dieser dringend notwendigen Einnahmen zu erwarten. Daß das für die Länder ein außerordentlich ungenehmer Zustand ist, bedarf keinen Beweises. Noch schlimmer steht es mit den Gemeinden, die teilweise nicht mehr in der Lage sind, ihre Beamtengehälter auszahlen zu können. Sie werden auf keinen Fall vor Dezember ihren Anteil von den Reichsteuern erhalten. Infolgedessen ist der Staat wiederum gezwungen, den Gemeinden im Wege des Kredits zu helfen. Es ist klar, daß diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende gemacht werden muß.

Bauzen. (Tagung.) Sonntag, den 26. d. M. findet im Fremdenhof „Gude“ ein Ostsächsentag der Deutschen demokratischen Partei statt. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildet die Aufstellung der Kandidatenliste zu den Volkstammerwahlen.

Voraussichtliche Witterung.

1. Oktober (Freitag): Schön, trocken, sonnig, Nacht kühl, tagsüber etwas wärmer.

Die Mütterberatungsstelle Oberlichtenau findet morgen Freitag, den 1. Oktober, nachmittags 3 Uhr im Pfarrhause statt. Bezirksarzt anwesend.

Die Mütterberatungsstelle Großnaundorf findet Dienstag, den 5. Oktober, nachmittags 3 Uhr in Mütt-

Die Mütterberatungsstelle Reichenbach
findet Mittwoch, den 6. Oktober, nachmittags 2 Uhr im alten Konfirmandenzimmer statt. Arzt anwesend.

Kirchen-Nachrichten.

Pulsnik.

Sonntag, den 3. Oktober, 18. nach Trinit.: 1/9 Uhr

Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Psalm 42). Pfarrer Schulze. Lieder: Nr. 335. 3, 1—4. 593. 693. Sprüche: Nr. 74. 75. 2 Uhr Taufgottesdienst. 1 Uhr Jünglingsverein: Wander- und Spielgruppe Abmarsch zum Spiel, Treffpunkt Dpferstock (pünktlich!). 8 Uhr Jünglingsverein: Am Jahrmärktsontag im Kampf wider Schund und Schmutz Lichtbildervortrag über Norwegen. Jugendliche können durch Mitglieder eingeführt werden. — Betsaal Dhorn: 11 Uhr Kindergottesdienst. Besprechung über die Herbstfeier.

3 Uhr Taufen. 7 Uhr Jungmännerverein Dhorn: Vortrag des Herrn Pampel-Hennersdorf. — Dienstag, den 5. Oktober: 8 Uhr Bibelstunde in landeskirchlicher Gemeinschaft. 8 Uhr Frauenverein Dhorn, Obergasthof: Offener Frauenabend mit Vortrag des Herrn Pastor Zinzer Dresden: Das Magdalenenhilfswerk. — Mittwoch, den 6. Oktober, 8 Uhr Altmitgliedervereinigung. — Donnerstag, den 7. Oktober: 8 Uhr Bibelstunde in Friedersdorf. 8 Uhr Jungfrauenverein Dhorn: wichtige Versammlung.

Die Perlen der Eggenbrechts.

3) Roman von Alexandra von Boffe.

Hans Joachim liebte sein kleines Töchterchen zärtlich, aber nun mußte er immer daran denken, wie schade es war, daß Ursel nicht ein Junge geworden war. Darum mußten nach seinem Tode Silvia und sein Kind Altenwied verlassen.

In Gedanken an sein Töchterchen fuhr Hans Joachim fort:

„Sobald ich tot bin, Silvia, wirst du Altenwied verlassen müssen und die Reikener Eggenbrechts werden hier die Herren werden.“

„Ach, sprich nicht so,“ bat sie leise, aber er fuhr in seinen trüben Betrachtungen fort:

„Es wird nicht mehr lange dauern . . . gut für dich, wenn es nicht zu lange dauert . . .“

„Ach! . . .!“

Er lachte kurz auf.

„Machen wir uns gegenseitig nichts vor, Silvia! Ich sterbe! Ich habe keine Schmerzen mehr, aber ich fühle, wie der Tod langsam an mir heraufkriecht, und bald wird er mein Herz erreichen.“

Sie schwieg, um nicht in Tränen auszubrechen, preßte die Zähne fest aufeinander, sich zu beherrschen und er sah, wie sie kämpfte.

„Weine jetzt nicht,“ sagte er hart, „du kannst das später, wenn . . .“, er brach ab, schwieg einige Sekunden nachdenklich und fuhr dann mit weicherer Stimme fort: „Sehe dich her, Silvi, ich möchte noch etwas mit dir besprechen. Es ist mir eingefallen, daß ich dir noch etwas zu vermachen habe, was ich in meinem Testament nicht erwähnte.“

Sie zog einen niedrigen Sessel dicht an das Bett heran und er nahm wieder ihre Hand in die seine.

Jetzt wo Halbdunkel im Raume herrschte, sah er gar nicht so sehr krank aus. Er war sorgfältig gekleidet und frisch rasiert, er hatte sich zwei Tage zuvor das Haar schneiden lassen, das über der markigen Stirn steil emporstand. Er trug eine dunkelblaue, perforierte Hausjacke, und um den Hals lag ein weißer,

Er wollte wenigstens in seinem Äußeren nicht krank erscheinen.

Sanft streichelte Hans Joachim Silvias Hand, die weich und kühl in seiner lag. Es tat ihm plötzlich leid, daß er Silvia oft schroff und beinahe hart behandelt hatte, wie das einmal in seiner Natur lag, aber ihr gegenüber niemals gerechtfertigt gewesen war. Nie hatte sie versucht oder auch nur gewünscht, seinem Willen entgegenzuhandeln. Jetzt mußte er bewundern, wie tapfer sie sich während der schweren Wochen seines Krankseins gehalten hatte, wie geduldig sie seine Reizbarkeit ertragen hatte, immer bemüht gewesen war, ihn aufzuheitern oder durch freundliche Worte zu beruhigen.

„Ich danke dir, daß du meine Frau wurdest, Silvia,“ sagte er leise, „du hast mich sehr glücklich gemacht.“

„Nur ich habe zu danken,“ murmelte sie mit erstickter Stimme.

„Nein,“ widersprach er, „du hast mir manches zu vergeben. Ich hätte dir die fünf Jahre, die ich mein nennen durfte, sehr viel verschönen können, doch ich behielt dich hier in der Einsamkeit von Altenwied, weil ich dich ganz für mich allein haben wollte.“

„Ich wollte es nicht anders, ich war glücklich!“ versicherte sie, aber er achtete nicht auf ihre Worte und nachdem er kurze Zeit geschwiegen, fügte er bewegt hinzu:

„Ich habe dich über alles geliebt, Silvia, vergiß das nicht — nie!“

Da legte sie die freie Hand vor das Gesicht und weinte lautlos, während ihre Schultern in verhaltenem Schluchzen erbebten. Ruhig wartete er, bis sie sich zu beruhigen schienen, dann bat er sie, das elektrische Licht einzuschalten.

„Ich will noch Geschäftliches mit dir besprechen, und Geschäfte dürfen nicht im Dunkeln abgewickelt werden,“ sagte er mit einem Versuch zu scherzen.

Als sie seinen Wunsch erfüllt und sich wieder neben ihn gesetzt hatte, begann er in geschäftsmäßigem

„Da wir leider keinen Sohn haben, fällt Altenwied als Majorat an die Reikener Eggenbrechts, denn ich bin der Letzte der Altenwieder Linie. Du wirst Altenwied verlassen müssen, und ich wünsche, daß du nach meiner Befehung so bald wie möglich nach München überstebelst, in das Haus auf der Bogenhausener Höhe, das mein Privateigentum ist und das ich in meinem Testament dir vermacht habe. Verstehst du, ich wünsche es so!“

Sie neigte zustimmend den Kopf.

„Es ist vollständig möbliert und sehr gut eingerichtet, wie du weißt,“ fuhr er fort. „Mein Vater haute es für meine Mutter, die eine sehr verwöhnte Dame war und im Winter lieber in der Stadt lebte. Ich habe auch Privatvermögen, das dir und Ursel gehören wird, und auf Altenwied ist auch noch Verpfändenes, das nicht zum Majoratsgut wird gerechnet werden können. Leo Branding, den ich zum Testamentsvollstrecker ernannt habe, wird die ganze Erbregulierung besorgen. Ich weiß, daß ich mich vollkommen auf ihn verlassen kann, und ich bitte dich, ihm volles Vertrauen entgegenzubringen.“

Silvia neigte wieder zustimmend den Kopf, und er fuhr fort:

„Ich verfaßte mein Testament kurz nach Ursels Geburt, zu einer Zeit, wo ich weiß Gott nicht ans Sterben dachte, darum habe ich darin auch nicht über die Perlen bestimmt. Diese Perlen gehören mir, sie sollen nicht an die Reikener fallen!“

Er sagte das in großem Ton, und mit bebender Stimme fuhr er fort:

„Die Reikener Eggenbrechts haben schon durch viele Generationen auf das Majorat gelauert, wie die hungrigen Raben werden sie zum Leichenschmaus kommen. Aber kein Sattelnopf soll ihnen bleiben, der nicht rechtmäßig zum Majorate gehört, auch die Perlen nicht! Nein, auch die Perlen nicht!“ wiederholte er in heftigem Ton, und böse blitzte es in seinen Augen auf.

Fortsetzung folgt.